

## VON DER SIGURANTA ZUR SECURITATE UND VON DER SECURITATE ZUM SRI DER GEHEIMDIENST IN RUMÄNIEN William Totok

Der bürgerlich rumänische Geheimdienst, die Siguranta, hatte sich in der Zeit zwischen den beiden Kriegen als ein williges Werkzeug der jeweiligen politischen Regime erwiesen. Sie diente in der kurzen Zeitspanne der parlamentarischen Demokratie, die bis 1938 währte, fast ausschließlich dazu, Andersdenkende - in erster Linie Kommunisten, später aber auch Anhänger der faschistischen Legionäre - „unschädlich“ zu machen. Während der Königs- und Antonescu-Diktatur agierte die Siguranta offen als eine politische Geheimpolizei, auf deren Konto Folterungen, Bespitzelungen und Morde gehen. Eine historische Untersuchung ihrer Praktiken, Methoden und ihres tatsächlichen Aufgabenbereichs steht jedoch ebenso noch aus, wie die Analyse der Wirkungsmechanismen der kommunistischen Nachfolgeorganisation Securitate, die 1948 gegründet wurde.

Während des kurzen pseudodemokratischen Intermezzos von 1944 bis 1947, also in der Zeit nach dem Sturz Antonescus bis zur Abdankung des Königs, gab es vereinzelte Prozesse gegen ehemalige Siguranta-Offiziere. Der weitgehend intakt gebliebene Apparat geriet jedoch zunehmend unter die Kontrolle sowjetischer NKWD-Offiziere, die rumänische kommunistische Funktionäre in den Geheimdienst einschleusten, welche mit der Roten Armee aus der UdSSR zurückgekommen waren, wo sie im Exil gelebt hatten. Diese besetzten nach und nach sämtliche Schlüsselpositionen.

Einer von ihnen war der spätere hohe Securitate-Offizier, der berüchtigte Nicolski, auf dessen Konto unzählige Verbrechen gehen und der auch für das unmenschliche Experiment im Gefängnis von Pitesti (1949-1952) verantwortlich ist. (Nicolski starb wenige Tage vor dem 17. 4.1992, dem Tag, an dem ein Strafverfahren gegen ihn eröffnet werden sollte.)

Die Umwandlung des alten Gendarmerie- und Polizeiapparates in die Miliz erfolgte ebenfalls unter der Aufsicht sowjetischer Berater, die nach Rumänien abkommandiert worden waren, um das Land in kürzester Zeit in eine „Volksdemokratie“ zu verwandeln.

Inwiefern die Beziehungen zum KGB nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungstruppen 1958 aufrechterhalten wurden, ist schwer festzustellen. Die Zusammenarbeit zwischen den anderen osteuropäischen Geheimdiensten funktionierte allerdings bis 1989 gut, wobei anzunehmen ist, daß die Beziehungen zum rumänischen Geheimdienst wegen des von Bukarest eingeschlagenen „eigenständigen nationalen Kurses“ merklich abkühlten - spätestens nach 1968. In den nun zugänglichen Stasi-Archiven wurden jedenfalls bisher keine Dokumente entdeckt, die eine Zusammenarbeit der Securitate mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR nach 1968 belegen würden. Ein einziger spektakulärer Fall aus den 50er Jahren ist bekannt, bei dem die Staatssicherheit einen rumänischen Exilanten, der 1955 in den Terroranschlag auf die rumänische Botschaft in Bern verwickelt war, in Berlin verhaftete und an Bukarest auslieferte. Erhalten geblieben ist zu diesem Vorgang ein Text, der 1958 anlässlich einer Ausstellung für Angehörige der Staatssicherheit entstanden ist: „Emigrantenorganisationen. Vorgang Beldeanu. Der Mörder von Bern... in der DDR ohne Chance. Am 31. 8. 1958 wurde im demokratischen Sektor von Groß-Berlin der Terrorist Oliviu Beldeanu von Angehörigen der Sicherheitsorgane der DDR nach Brechung bewaffneten Widerstandes festgenommen. Beldeanu war im Auftrag einer faschistischen Emigrantenorganisation, die ihren Hauptsitz in New York hat, nach Berlin gekommen, um die Chancen für konterrevolutionäre Provokationen nach dem Muster des Berner Mordüberfalls auf die rumänische Gesandtschaft vom Februar 1955 zu erkunden. Die faschistische Emigrantenorganisation „Freies Rumänien“ in deren Diensten Beldeanu stand, wird vom US-Geheimdienst angeleitet; ihre Verbrechen gegen die sozialistischen Staaten werden aus dem 100-Millionen-Dollar-Fonds der amerikanischen Regierung finanziert.“

Als nicht auszuschließen war, daß nach dem Herbst 1989 Stasi-Akten auch nach Bukarest gelangt waren, dementierte das „Neue Deutschland vom 28. 12. 1989 jegliche Beziehungen zum Geheimdienst des „Bruderlandes“:

„Weder das ehemalige Ministerium für Staatssicherheit noch das aufgelöste Amt für Nationale Sicherheit“ haben, so das ostdeutsche Parteiblatt, „jemals Beziehungen zum rumänischen Geheimdienst unterhalten.“

Unter Ceausescu nahm die Arbeitsweise des rumänischen Geheimdienstes, der Securitate, andere Formen an. Ceausescu versuchte nach 1965 mit allen Mitteln seine Macht zu stabilisieren. Die Abrechnung mit seinem Vorgänger lief darauf hinaus, jegliche Opposition innerhalb des Politbüros zu neutralisieren. Auch wurden in den nächsten Monaten zahlreiche politische Häftlinge rehabilitiert. Und der geniale politische Taschenspielertrick, der darin gipfelte, keine rumänischen Truppen in die reformistische Tschechoslowakei zu entsenden, verschaffte ihm auch im Ausland die Aura eines vom

Moskauer Kurs unabhängigen Ostblockpotentaten. Seine Unberechenbarkeit, die systematischen Menschenrechtsverletzungen, seine demographische Wahnsinnspolitik und später seine paranoide Systematisierungskampagne wurden in ihrer ganzen Tragweite erst Ende der 80er Jahre im Westen registriert.

Die vorsichtige Liberalisierung, die sein Vorgänger mit der spektakulären Unabhängigkeitserklärung und der Freilassung politischer Gefangener 1964 einleitete, setzte Ceausescu fort. Der blutige Terror des vorherigen Systems wurde nun zunehmend durch einen selektiven, eher psychologischen Terror ersetzt. An diesem raffiniert ausgeklügeltem Szenario hatte der Sicherheitsdienst Securitate, der nun in die Hände „national“ gesinnter, jüngerer Kader überging, einen großen Anteil. Die kollektive Erinnerung an die brutale Repression aus der Gheorghiu-Dej-Zeit wirkte sich prophylaktisch in breiten Kreisen der Bevölkerung aus, sodaß es während der Ceausescu-Diktatur kaum politische Häftlinge gab. Wenn tatsächlich jemand wegen eines politischen Delikts verurteilt wurde - z.B. wegen sogenannter „antisozialistischer Propaganda“, dann handelte es sich zumeist um Abschreckungs- und Einschüchterungsverfahren. Ähnlich wie in der restaurativen Breshnew-Ära wurden potentielle Systemgegner eher zur Auswanderung gezwungen. Der Fall des bekanntesten rumänischen Dissidenten, Paul Goma, ist in diesem Zusammenhang bezeichnend. Seit 1977 lebt er in Paris und weigert sich auch nach der Wende, in seine Heimat zurückzukehren.

Der Sturz des Regimes im Dezember 1989 veränderte nicht nur die politische Landschaft Rumäniens, sondern auch den Geheimdienst Securitate, von dem es in zahlreichen mystifizierenden Berichten heißt, er habe eigentlich die Wende ausgelöst.

Eine der ersten Maßnahmen der Übergangsregierung war die offizielle Auflösung der verhaßten Securitate, deren Chef, General Julian Vlad verhaftete wurde. Die Archive des Geheimdienstes wurden der Armee übergeben, um sie, so die halboffizielle Begründung, vor Unbefugten in Sicherheit zu bringen.

Verschiedene Bürgerrechtsbewegungen, darunter eine Temeswarer Gruppe zur Auflösung des Geheimdienstes - gebildet nach DDR-Vorbild - versuchten im März 1990 vergeblich an die gut versteckten Archive heranzukommen. In dem damals herrschenden Durcheinander machte sich kaum jemand Gedanken darüber, daß die eifrigsten Gegner der aufgelösten Securitate früher nie durch eine besonders regimekritische Haltung aufgefallen waren. Im Gegenteil.

Der lautstarke Sprecher der Temeswarer Gruppe forderte mit der Begründung, den sozialen Frieden nicht gefährden zu wollen - die vollständige Vernichtung der Spitzelberichte.

Nach den blutigen ungarisch-rumänischen Ausschreitungen im März 1990 in Târgu Mures gab die Regierung die Gründung des neuen Geheimdienstes mit dem Namen „Rumänischer Nachrichtendienst“ (SRI) bekannt. Zum Chef dieser zu 60 Prozent aus Securitate-Offizieren bestehenden Organisation wurde Virgil Magureanu ernannt, ehemals Lehrer an der Bukarester Parteiakademie „Stefan Gheorghiu“ und - Angehöriger der Securitate. Gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte er, 17 bis 18 Prozent vom Personal der Securitate übernommen zu haben, „die sich in der Vergangenheit keinerlei Verbrechen haben zuschulden kommen lassen“. Der SRI soll nach offiziellen Angaben über 6.000 Offiziere verfügen. Oppositionelle beziffern die Zahl der Geheimdienstleute allerdings auf mindestens 100.000.

Als Gegenreaktion gründete der durch seine journalistische Aggressivität aufgefallene Redakteur der oppositionellen Zeitung „România libera“ (Freies Rumänien), Sorin Rosca-Stanescu, die Antisecuritate-Organisation „Patriot“. Diese Vereinigung forderte in erster Linie eine juristische Abrechnung mit den Würdenträgern des alten Regimes, ähnlich wie sie im vielleicht wichtigsten nachrevolutionären Dokument, der sogenannten „Temeswarer Proklamation“ vom 11. 3. 1990 verlangt wurde. Im nachhinein stellte sich heraus, daß der Gründer und Vorsitzende der Organisation „Patriot“ seit Jahren als IM der Securitate tätig war. Seitdem ist es still geworden um diese Gruppe. Stanescu wurde als Redakteur der „România libera“ entlassen und erhielt eine Anstellung bei einer auflagenstarken Boulevard-Zeitung.

Aus dem unzugänglichen Securitate-Archiv tauchten immer wieder brisante Akten auf und wurden sowohl in der regierungsfreundlichen als auch in der Oppositionspresse veröffentlicht. So oft der alte Geheimdienst ein Interesse daran hatte, die eine oder andere Person unschädlich zu machen, tauchten kompromittierende Dokumente auf, die den verschiedenen Redaktionen zugespielt wurden. Zwei hohe Vertreter der neuen Macht jedoch haben ihre Dossiers 1989 in Sicherheit gebracht: Silviu Brucan, die graue Eminenz der damaligen Regierung und Vizepremier Gelu Voican Voiculescu.

Bislang hat keine einzige Persönlichkeit aus dem Bereich der Regierung, dem Parlament, der Kultur oder der Presse über frühere Kontakte zur Securitate berichtet. Einzig der Parlamentsabgeordnete Alexandru Paleologu, bis 1990 Übergangsbotschafter in Paris, gab derartige Kontakte zu, die er unter Druck nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in den 60er Jahren aufgenommen hatte.

1991 versuchte der Abgeordnete der Regierungspartei, Claudiu Iordache, ein Revolutionär der ersten Stunde aus Temeswar, dem Parlament einen Antrag vorzulegen, wonach jeder Parlamentarier auf eventuelle Kontakte mit der Securitate überprüft werden sollte. Sein Antrag verschwand spurlos. Seit 1992 amtiert ein neugewähltes Parlament, Iordache hat nach schweren Auseinandersetzungen mit seinen Partei-Kollegen die inzwischen in zwei Gruppierungen aufgesplitterte Organisation verlassen und auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Kürzlich griff der Vorsitzende der Vereinigung ehemaliger politischer Häftlinge, der als Abgeordneter des Oppositionsblocks im Parlament sitzt, Iordaches Vorschlag auf und versuchte erneut, eine Durchleuchtung der Parlamentarier und der Beamten im öffentlichen Dienst durchzusetzen. Er forderte ferner die Veröffentlichung der Namen aller Informanten der Securitate. Ein derartiges Unterfangen ist bei der momentanen Rechtslage nahezu aussichtslos, denn die Securitate-Archive sollen - nach der Verabschiedung eines Gesetzes durch das Parlament - in den nächsten 40 Jahren geschlossen bleiben. Der Sprecher des rumänischen Nachrichtendienstes (vor der Wende Mitarbeiter eines Wochenblattes, das als inoffizielles Sprachrohr der Securitate bekannt war und seit 1990 als Zentralorgan der extremnationalistischen großrumänischen Partei erscheint) erklärte in einem Interview, er sei kategorisch gegen eine Veröffentlichung der IM-Listen: „Ein Nachrichtendienst ohne Informanten“, sagte er, „ist wie ein Mensch ohne seine rechte Hand. Informanten gibt es seit Menschengedenken. Eine Veröffentlichung dieser Listen würde sich sowohl negativ auf unsere jetzigen, als auch auf die früheren Informanten auswirken.“

Einzelpersonen jedoch sollte nach Meinung des Pressesprechers der Zugang zu den eigenen Akten ermöglicht werden. Trotz derartiger Stellungnahmen des neuen Geheimdienstes hat sich in diesem Bereich in der Nachwendezeit keinerlei Transparenz bemerkbar gemacht. Im Gegenteil. Die unter dem Trauma der Securitate-Vergangenheit leidende rumänische Bevölkerung mußte im Sommer 1991 erleben, daß Angehörige des Nachrichtendienstes tonnenweise alte Akten zu vernichten suchten. Damals entdeckte die Presse die verkohlten und durchnäßten Reste hochbrisanter Dossiers, die danach wochenlang in den Zeitungen veröffentlicht wurden. Konsequenzen daraus hat niemand gezogen. Der für den Nachrichtendienst zuständige parlamentarische Kontrollausschuß konnte bisher nicht einmal Magureanu, den Chef der SRI zu einem klaren Bericht über Geheimdienstaktivitäten bewegen. Sein Bericht und die anschließende Anhörung im Parlament waren alles andere als aufschlußreich, stellenweise sogar lächerlich. So erklärte er, es gebe in Rumänien weitere sechs unabhängig voneinander funktionierende Geheimdienste, die weder der Rumänische Nachrichtendienst noch der parlamentarische Kontrollausschuß kontrollieren könne.

Seit vier Jahren tappt die rumänische Öffentlichkeit im Ungewissen, wenn es um die Aufklärung der Revolutionswirren geht. Der von verschiedenen Bürgerrechtsbewegungen geforderte „Prozeß des Kommunismus“ stockt. Die Würdenträger des alten Regimes blieben bis jetzt ebenso ungeschoren wie die Verbrecher der Securitate, die im Laufe der Jahrzehnte unzählige Menschen ermordet haben (Abgesehen von den nach dem Sturz Ceausescus organisierten Schauprozessen gegen einige Mitglieder des ehemaligen Politischen Exekutivkomitees und gegen einige hohe Offiziere der Securitate, hat es bisher kein einziges Verfahren gegen weitere Schuldige gegeben.) Auf Druck der erwähnten Bürgerrechtsbewegungen und der Vereinigung ehemaliger Häftlinge leitete die Staatsanwaltschaft schließlich ein Ermittlungsverfahren gegen Nicolai und den früheren Innenminister Alexandru Draghici ein. Nicolai starb, noch bevor er sich bei der Staatsanwaltschaft melden konnte, Draghici setzte sich nach Ungarn ab, wo er ungestört bis zu seinem Tode im Herbst 1993 lebte, da die ungarischen Behörden seine Auslieferung an Rumänien verweigerten.

Ein wichtiger postrevolutionärer Prozeß fand - trotz dieser Hürden - statt, und zwar gegen die Schuldigen an einem blutigen Massaker im Jahre 1981. Damals versuchten einige junge Leute einen Bus zu entführen und die Reisenden als Geiseln in ihre Gewalt zu bringen. Damit wollten sie ihre Ausreise erzwingen. Die meisten Reisenden wurden bei der Erstürmung des Busses durch Securitate-Leute niedergemetzelt. Die Verantwortlichen - darunter befinden sich der Ceausescu-Innenminister und der damalige Securitate-Chef von Temeswar - wurden für diese beispiellose Aktion zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Die meisten der nach der Revolution verurteilten Securitate-Offiziere sind inzwischen wieder frei. Zwei bezeichnende Beispiele seien hier genannt: Der frühere Vizechef der Securitate aus Temeswar und ein Hauptmann der Securitate, ebenfalls aus Temeswar. Beide waren maßgeblich an den blutigen Auseinandersetzungen während des Temeswarer Aufstandes im Dezember 1989 beteiligt. Nach einer kurzen Haft betätigten sie sich gegenwärtig als erfolgreiche Unternehmer, die in Temeswar die Import-Exportfirma „Tival Impex GmbH“ leiten. Andere frühere Securitate-Leute sitzen derzeit als Abgeordnete im rumänischen Parlament. So beispielsweise der bis 1985 amtierende Chef der Securitate aus der Stadt Reschitza, Stefan David, der in den 50er Jahren eigenhändig Häftlinge gefoltert hat. Als Kandidat der KP-Nachfolgeorganisation, der Sozialistischen Partei der Arbeit, erhielt er einen Sitz als Senator und erfreut sich somit parlamentarischer Immunität.

Angesichts dieser Situation ist es kein Wunder, daß restaurative Organisationen ungehindert in Erscheinung treten. Die Nachricht von der Gründung des „Komitees zur Pflege der Erinnerung an Nicolae Ceausescu“ im März 1993 hört sich an wie ein schlechter Witz. In Rumänien jedoch sind Witze immer bittere Realität.

TOK geboren 1951 in Rumänien Studium der Germanistik und Rumänistik in Temeswar Gründungsmitglied der oppositionellen Aktionsgruppe „Banat“ (1972-75) politische Haft wegen Verbreitung staatsfeindlicher Gedanken (1975-1976). lebt seit 1987 in Westberlin ist als Schriftsteller und Journalist tätig.

Erschienen in:

**VIA REGIA** – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 13/ 1994,  
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>